



# 2005/33 Dossier

<https://jungle.world/artikel/2005/33/geschichte-und-ohnmacht>

# Geschichte und Ohnmacht

Von **moishe postone**

## **Massenmobilisierung und aktuelle Formen des Antikapitalismus. Von Moishe Postone**

Dieser Aufsatz stellt den Beginn einer Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von historischen Veränderungen, Internationalismus und den gegenwärtigen politischen Mobilisierungen dar. Trotz der zentralen Bedeutung der Marxschen Analyse für einen Begriff der heutigen Welt besteht eine tiefe Kluft zwischen seiner kritischen Theorie des Kapitalismus und den meisten jüngeren antihegemonialen Massenmobilisierungen. Ich möchte einige höchst vorläufige Reflexionen über die Sackgasse vorstellen, in die viele antihegemoniale Bewegungen meines Erachtens heute geraten sind, unter kritischer Berücksichtigung verschiedener Formen politischer Gewalt.

Diese Sackgasse zeigte sich auf dramatische Weise in den Reaktionen vieler Linker – in jedem Fall in den USA, vielleicht auch in Europa – auf den Selbstmordanschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 und am Charakter der Massenmobilisierungen gegen den Irak-Krieg. In beiden Fällen war die Linke mit etwas konfrontiert, das sie als Dilemma hätte begreifen müssen – auf einmal befand sich eine globale imperiale Macht im Konflikt mit einer zutiefst reaktionären Bewegung der Gegenglobalisierung, im anderen Fall im Konflikt mit einem brutalen faschistoiden Regime.

Doch in keinem der beiden Fälle problematisierte die Linke (wenigstens in den USA) dieses Dilemma und versuchte, diese Konstellation im Hinblick auf etwas zu analysieren, das in der heutigen Welt außerordentlich schwierig geworden ist – die Formulierung einer Kritik in emanzipatorischer Absicht. Dies hätte erfordert, eine neue Form des Internationalismus zu entwickeln, die mit den Dualismen des Bezugsrahmens des Kalten Krieges bricht. Diese Dualismen legitimierten häufig die Politik und Struktur von Staaten als »antiimperialistisch«, die keinen Deut emanzipatorischer waren als die zahlreichen autoritären und repressiven Regime, die von der amerikanischen Regierung gestützt wurden.

Anstatt mit einem solchen Rahmen zu brechen, hat sich ein Großteil der Linken jedoch in letzter Zeit auf genau diese früheren theoretischen Bezugsrahmen und politischen Positionen bezogen, deren zunehmend anachronistischer Charakter ein Schlaglicht auf die

Schwierigkeiten wirft, heutzutage eine adäquate Kritik zu formulieren. Das Herzstück dieses Neo-Antiimperialismus bildet eine Konkretisierung des Abstrakten, eine Fetischisierung des globalen Kapitals in Gestalt der USA, oder, in manchen Spielarten, der USA und Israels.

Selbstverständlich hat der unheilvolle, anmaßende Charakter der Bush-Administration diesen Prozess nachhaltig befördert. Diese Weltsicht – in vieler Hinsicht die Neuformulierung einer Weltsicht vom Anfang des 20. Jahrhunderts, in der England und die Juden die Rolle der USA und Israels innehatten – ist jedoch der Konstitution einer adäquaten antihegemonialen Politik äußerst abträglich.

Verstärkt wird dieser wieder erwachte Manichäismus – der einigen Formen der Globalisierungskritik der neunziger Jahre entgegensteht, etwa der Bewegung gegen die Sweatshops – durch die Wiederkehr einer tiefen Konfusion über die Frage der politischen Gewalt, die bereits die Neue Linke zuzeiten plagte. Das Ergebnis ist eine Form von Opposition, die von den Schwierigkeiten zeugt, denen antihegemoniale Bewegungen in der postfordistischen Ära gegenüberstehen. Diese Form von Opposition ist der gegenwärtigen Welt unangemessen und kann in manchen Fällen als Legitimationsideologie für etwas dienen, das vor 100 Jahren als innerimperialistische Konkurrenz bezeichnet worden wäre.

#### Politik der Gewalt

Ich möchte dies ausführen, indem ich zunächst auf die Reaktionen vieler Linker (zumindest in den USA) auf die Anschläge vom 11. September eingehe. Am meisten verbreitet war das Argument, man müsse diese Aktion, so furchtbar sie auch sein möge, als Reaktion auf die amerikanische Politik verstehen, vor allem die Nahost-Politik. Es stimmt zweifellos, dass terroristische Gewalt politisch begriffen werden muss (und nicht einfach als irrationale Handlung), dennoch ist die Auffassung der Politik der Gewalt, die in solchen Positionen zum Ausdruck kommt, vollkommen falsch. Die Gewalt wird als Reaktion verstanden, nicht als Aktion. Die Politik, die hinter dieser Gewalt steht, wird kaum hinterfragt. Stattdessen wird die Gewalt als ein Reflex, als Antwort erklärt (und gelegentlich implizit gerechtfertigt). Dieses Schema kennt nur einen Akteur auf der Welt: die USA.

Diese Argumentation betont die Missstände derer, die solche Aktionen durchführen, ohne den Deutungsrahmen zu hinterfragen, in dem diese Missstände interpretiert werden. Die Aktionen, die aus diesen Deutungen folgen, werden kurzerhand als – vielleicht bedauernswerter – Ausdruck von Wut verstanden. Dabei wird weder das Weltbild hinterfragt, das diese Gewalt motiviert, noch eine kritische Analyse der Politik geleistet, die sich in der gezielten Gewalt gegen Zivilisten ausdrückt.

Konsequenterweise mündet diese im Kern unpolitische Argumentation in der Apologie. Sie gibt sich wenig Mühe, das strategische Kalkül zu verstehen, das weniger von den Attentätern als ihren Hintermännern aufgestellt wird, und ignoriert das Problem der Ideologie. Es ist beispielsweise ein schwer wiegender Fehler, die Erfahrung von Missständen, aus der sich eine Bewegung wie al-Qaida speist, in verkürzter Weise als unmittelbare Reaktion auf die amerikanische und israelische Politik zu interpretieren, wie

es in den USA nach dem 11. September häufig der Fall war.

Dabei werden einfach zu viele andere Aspekte des neuen Jihadismus ausgeblendet. Wenn etwa Ussama bin Laden von dem Schlag spricht, der den Muslimen vor 80 Jahren versetzt worden sei, bezieht er sich nicht auf die Gründung des Staates Israel, sondern auf die Abschaffung des Kalifats – und damit der vermeintlichen Einheit der muslimischen Welt – durch Atatürk im Jahre 1924, lange bevor die USA eine Rolle im Nahen Osten spielten und Israel gegründet wurde.

Es gilt festzuhalten, dass bin Laden eher eine globale als eine lokale Sichtweise vertritt und darin eines der hervorstechenden Merkmale des neuen Jihadismus liegt, was sich sowohl an den von ihm unterstützten Kämpfen zeigt (die er dadurch zu Ausdrucksformen ein und desselben Kampfes macht) als auch an der Ideologie, die ihn maßgeblich antreibt. Und einer der zentralen Aspekte des globalen Charakters dieser Ideologie ist der Antisemitismus.

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist im Hinblick auf Globalisierung und Antiglobalisierungsbewegung von entscheidender Bedeutung, selbst wenn dies aufgrund des Ausmaßes missverstanden werden kann, in dem israelische Regierungen den Antisemitismusvorwurf als Legitimationsideologie benutzt haben, um jede ernst zu nehmende Kritik an der israelischen Politik zu diskreditieren. Es ist sicherlich möglich, und wurde auch bereits geleistet, eine fundamentale Kritik an dieser Politik zu formulieren, die nicht antisemitisch ist. Gleichzeitig sollte Kritik an Israel nicht den Blick auf den weit verbreiteten virulenten Antisemitismus in der gegenwärtigen arabischen und muslimischen Welt versperren. Zudem werde ich versuchen zu zeigen, dass der Antisemitismus ein Problem für die Linke darstellt.

Nach dem 11. September wurde das Ausmaß offenbar, in dem antisemitische Motive in der arabischen Welt Verbreitung gefunden haben. Diese Ideologie drückt sich unter anderem in der Vorstellung aus, nur die Juden hätten den Anschlag auf das World Trade Center organisieren können, und in der starken Verbreitung der »Protokolle der Weisen von Zion« in der arabischen Welt. Ausmaß und Intensität solcher Weltverschwörungsvorstellungen zeigten sich kürzlich auf dramatische Weise an der ägyptischen Fernsehserie »Horseman Without a Horse« und der Verbreitung christlich-mittelalterlicher Ritualmordvorwürfe an die Adresse der Juden in den arabischen Medien.

Ohne einen Begriff des modernen Antisemitismus lässt sich diese Entwicklung nicht verstehen. Einerseits ist der moderne Antisemitismus eine Form des essenzialisierenden Diskurses, der – wie alle diese Formen – gesellschaftliche und historische Phänomene in biologistischen oder kulturalistischen Begriffen essenzialistisch deutet. Gleichzeitig unterscheidet er sich von anderen essenzialistischen Diskursen durch seinen populistischen und scheinbar antihegemonialen Charakter. Er schreibt den Juden eine außerordentliche Macht zu, die im Unterschied zu der konkreten körperlichen bzw. sexuellen Macht, die dem Anderen im rassistischen Denken gewöhnlich zukommt, als abstrakt, universell und ungreifbar gilt. Das Zentrum des modernen Antisemitismus bildet die Vorstellung der ungeheuer mächtigen jüdischen Weltverschwörung.

Der Antisemitismus kann daher als antihegemonial erscheinen, und aus diesem Grund bezeichnete August Bebel ihn vor hundert Jahren als Sozialismus der dummen Kerle. Angesichts seiner späteren Entwicklung hätte man auch vom Antiimperialismus der dummen Kerle sprechen können. Gerade als fetischisierte Form oppositionellen Bewusstseins ist der Antisemitismus besonders gefährlich, weil er scheinbar antihegemonial ist – der Ausdruck einer Bewegung der kleinen Leute gegen die abstrakte Herrschaft.

### Abstieg der arabischen Welt

Die neue Welle des Antisemitismus in der arabischen Welt möchte ich als fetischisierte, zutiefst reaktionäre Form von Antikapitalismus diskutieren. Es ist ein schwer wiegender Fehler, diese antisemitische Welle einfach als reflexhafte Reaktion auf die Politik der USA und Israels zu sehen. Diese empirizistische Reduktion wäre gleichbedeutend damit, den nationalsozialistischen Antisemitismus kurzerhand als Reaktion auf Versailles zu erklären. Die amerikanische und israelische Politik haben zwar zweifellos zu dieser neuen Welle des Antisemitismus beigetragen, gleichzeitig kommt ihnen in der Ideologie eine Bedeutung zu, die weit über ihre tatsächliche Rolle hinausgeht. Um diese Bedeutung zu verstehen, muss man sich den bereits erwähnten grundlegenden historischen Wandel seit den frühen siebziger Jahren ansehen, den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus.

Ein wichtiger Aspekt dieses Übergangs ist die wachsende Bedeutung supranationaler ökonomischer Netzwerke und Ströme, die von einem Niedergang nationaler Souveränität begleitet wird. Nationalstaatliche Strukturen sind, auch in den Metropolen, immer weniger in der Lage, ökonomische Prozesse erfolgreich zu steuern, wie der Niedergang des keynesianischen Wohlfahrtsstaats im Westen und der Zusammenbruch der bürokratischen Staaten im Osten gezeigt haben. Damit verbunden war eine zunehmende vertikale Differenzierung zwischen Armen und Reichen innerhalb aller Länder sowie zwischen Ländern und Regionen.

Der Zusammenbruch des Fordismus bedeutet das Ende der Phase einer staatlich gesteuerten nationalen Entwicklung – sei es auf der Grundlage des kommunistischen, des sozialdemokratischen oder des etatistischen Modells, das in der Dritten Welt vorherrschend war. Daraus haben sich für viele Länder enorme Schwierigkeiten ergeben, aber auch schwerwiegende theoretische Probleme für eine Sichtweise, die den Staat als Akteur der Veränderung und Entwicklung begreift.

Der Zusammenbruch der fordistischen Synthese, die sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts durchsetzen konnte, hat sich in den verschiedenen Teilen der Welt höchst unterschiedlich ausgewirkt. Die erfolgreiche Bewältigung der neuen Welle postfordistischer Globalisierung in Südostasien ist ebenso bekannt wie der katastrophale Niedergang des subsaharischen Afrika. Weniger bekannt ist der steile Abstieg der arabischen Welt, dessen dramatische Ausmaße kürzlich im UN-Weltentwicklungsbericht 2002 dargestellt wurden.

Die Gründe für diesen Niedergang sind vielschichtig. Den Kontext bilden die genannten grundlegenden Umstrukturierungen, die mysteriös erscheinen und einen relativen Abstieg der arabischen Welt zur Folge hatten. Dieser Niedergang hat den arabischen

Nationalismus und die mit ihm verbundenen autoritären staatlichen Strukturen untergraben, die sich als unfähig erwiesen, sich den globalen Transformationen anzupassen. Gleichzeitig waren fortschrittliche politische und soziale Bewegungen gegen den Status Quo im Nahen Osten aus einer Reihe von Gründen außerordentlich schwach oder wurden, wie im Irak, unterdrückt. Das Versagen arabisch-nationalistischer wie vermeintlich traditionell-monarchistischer Regime, die beide fortschrittliche Oppositionsbewegungen unterdrückt haben, hatte ein Vakuum zur Folge. Islamistische Bewegungen, die vorgeben, den von den Menschen erfahrenen Niedergang zu erklären, haben dieses Vakuum gefüllt.

Verstärkt wurde diese ideologische, reaktionäre Verarbeitungsweise der Krise der gesamten Region durch das Ausmaß, in dem arabische Regime den palästinensischen Kampf für nationale Selbstbestimmung seit Jahrzehnten als Blitzableiter funktionalisiert haben, um die verbreitete Wut und Unzufriedenheit von den gesellschaftlichen Problemen vor Ort abzulenken. Allerdings hat die Tendenz, das Elend der arabischen Massen auf böartige fremde Mächte zurückzuführen, mit dem jüngeren Abstieg der arabischen Welt stark zugenommen.

Der ideologische Rahmen, der zur Interpretation dieses Abstiegs bereit stand, wurde von Ideologen wie Sayyed Qutb von der Ägyptischen Bruderschaft formuliert, der die kapitalistische Moderne als Verschwörung von Juden (Freud, Marx, Durkheim) zur Zersetzung »gesunder« Gesellschaften ablehnte. Israel stellte in seiner antisemitischen Vorstellungswelt lediglich den Brückenkopf einer weitaus mächtigeren, böartigen Weltverschwörung dar. Diese Art von Ideologie wurde in den dreißiger und vierziger Jahren von der Nazi-Propaganda im Nahen Osten gefördert und erhielt nach dem Sechstagekrieg 1967 einen neuen Schub durch die während des Kalten Krieges ausgebildete Ideologie der Sowjetunion, in deren Kritik an Israel nun antisemitische Motive Einzug erhielten.

Ich plädiere also mit anderen Worten dafür, die Ausbreitung des Antisemitismus und antisemitischer Formen des Islamismus als Ausbreitung einer fetischisierten antikapitalistischen Ideologie zu begreifen, die von Israel und der israelischen Politik ausgelöst wird, aber auch, auf einer wesentlich grundlegenden Ebene, vom Niedergang der arabischen Welt im Zuge der tief greifenden strukturellen Veränderungen, die der Übergang vom Fordismus in den neoliberalen globalen Kapitalismus mit sich bringt. Das Ergebnis ist eine populistische und zutiefst reaktionäre antihegemoniale Bewegung, die nicht zuletzt für jegliche Aussicht auf eine fortschrittliche Politik in der arabischen und muslimischen Welt eine Gefahr darstellt.

Anstatt diese reaktionäre Form des Widerstands auf eine Weise zu analysieren, die fortschrittlicheren Formen des Widerstands Unterstützung bieten könnte, haben viele westliche Linke sie jedoch entweder ignoriert oder als zwar bedauerliche, doch verständliche Reaktion auf die israelische Politik im Gaza-Streifen und in der Westbank rationalisiert. Diese apologetische Einstellung vieler Teile der amerikanischen und europäischen Linken hängt eng mit der fetischistischen Identifikation der USA mit dem globalen Kapital zusammen. Diese Tendenz, das Abstrakte (die Herrschaft des Kapitals) als etwas Konkretes (amerikanische Hegemonie) zu fassen, ist meines Erachtens Ausdruck fundamentaler Hilflosigkeit auf begrifflicher wie politischer Ebene.

## Versagen der Linken

Lassen Sie mich dies anhand der weltweiten Massenmobilisierungen gegen den Krieg der USA im Irak ausführen und dabei auf einige Fragen politischer Gewalt eingehen. Auf den ersten Blick erscheinen diese Mobilisierungen als Neuauflage der breiten Antikriegsbewegung der sechziger Jahre. Dagegen möchte ich zeigen, dass es einige grundlegende Unterschiede gibt.

Die Antikriegsbewegungen in den sechziger Jahren wurden von Leuten angeführt, die sich bewusst waren, dass sie mit ihrer Opposition gegen den Krieg der USA die vietnamesischen Kommunisten unterstützten, die als Vertreter einer positiven gesellschaftlichen und politischen Veränderung galten. Ebenso verhielt es sich mit den Bewegungen gegen die US-Politik gegenüber dem kubanischen Regime, der sozialistischen Regierung Chiles in den frühen siebziger Jahren, den Sandinisten in Nicaragua in den achtziger Jahren und dem ANC in Südafrika.

In jeder dieser Auseinandersetzungen galten die USA als politische Kraft, die einer positiven Veränderung entgegenstand. Entsprechend wurde der Widerstand gegen die USA als Unterstützung fortschrittlicher Alternativen verstanden. Ob man diese Bewertung der Konfliktparteien teilt, ist in diesem Zusammenhang unerheblich. Kaum jemand war so unredlich, die Opposition gegen die USA nicht als faktische Unterstützung ihrer Gegner zu begreifen. Eine Antikriegsbewegung kann nur dann von sich behaupten, keine Unterstützung der Gegenseite darzustellen, wenn sie sich gegen beide Seiten richtet.

Die jüngste Massenmobilisierung gegen den Krieg scheint auf den ersten Blick nicht anders zu sein. Bei näherer Betrachtung ergeben sich jedoch große politische Unterschiede. Der jüngste Widerstand gegen die USA wurde nicht im Namen einer fortschrittlichen Alternative geleistet. Im Gegenteil verteidigte er de facto ein Regime, das in keinsten Weise als progressiv gelten kann – ein Regime, das weitaus repressiver und brutaler war als beispielsweise die mörderischen Militärregime in Brasilien, Chile und Argentinien in den siebziger und achtziger Jahren.

Damit soll keineswegs gesagt werden, Anhänger fortschrittlicher Veränderung hätten die Bush-Administration und ihren Krieg unterstützen sollen. Allerdings waren die jüngeren Massenmobilisierungen kein Ausdruck einer Bewegung – oder ein Beitrag zu ihrer Entstehung –, die gleichzeitig gegen den Krieg der USA und für eine grundlegende Veränderung im Irak und darüber hinaus im Nahen Osten eingetreten wäre. In den USA wurde kaum politische Aufklärung geleistet, die über die kruden Slogans der Bewegung hinausgegangen wäre. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass auf keiner der Massendemonstrationen fortschrittliche Oppositionelle aus dem Irak gesprochen haben, die eine genauere und kritische Perspektive auf den Nahen Osten bieten können. Darin liegt meines Erachtens ein politisches Versagen der Linken.

Eine Ironie der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass die Linke durch ihre fetischisierte »antiimperialistische« Position, deren Opposition gegen die USA nichts mehr mit der Befürwortung fortschrittlicher Veränderung zu tun hat, es der neokonservativen Rechten in der Bush-Administration erlaubt hat, die einstige Sprache der Linken zu übernehmen und sogar zu monopolisieren, die Sprache von Demokratie und Befreiung.

Natürlich ließe sich argumentieren, dass die Bush-Regierung vom demokratischen Wandel im Nahen Osten spricht, diesen Wandel aber niemals bewerkstelligen wird. Doch hat allein die Bush-Administration dieses Thema überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt und damit ein grelles Licht auf die Tatsache geworfen, dass die Linke es nicht getan hat.

Während noch vor einer Generation die Opposition gegen die amerikanische Politik ganz bewusst mit der Unterstützung von Befreiungskämpfen einherging, wird diese Opposition heute für per se antihegemonial gehalten. Der Kalte Krieg scheint die Tatsache aus dem Gedächtnis getilgt zu haben, dass der Widerstand gegen eine imperiale Macht nicht notwendigerweise fortschrittlich sein muss, dass es auch faschistische »Antiimperialismen« gegeben hat. Diese Unterscheidung wurde während des Kalten Krieges unter anderem dadurch verwischt, dass die UdSSR Bündnisse mit autoritären Regimes einging, die mehr mit Faschismus als mit Kommunismus gemein hatten und sogar die Linke in ihren Ländern liquidierten, etwa im Irak. Antiamerikanismus wurde per se zu einem progressiven Code, obwohl es zutiefst reaktionäre ebenso wie progressive Formen von Antiamerikanismus gegeben hat.

Wieso hat sich die Linke – auch die Teile, die kein affirmatives Verhältnis zur Sowjetunion hatten – in diese Richtung bewegt? Wie konnten sich so viele Progressive in eine Ecke zurückziehen, in der ausschließlich die US-Politik als das entscheidende Thema gilt, ganz gleich auf wessen Verteidigung eine solche Position de facto hinauslaufen würde?

Die Kritiker der heftigen Welle von Wut und Nationalismus, die Amerika nach dem 11. September ergriff, haben häufig auf die verbreitete Wut auf die USA verwiesen, vor allem in arabischen und muslimischen Ländern. Meistens klammerte diese Position jedoch die Frage aus, welche Art von Politik sich im 11. September ausdrückte. Ein solcher Anschlag wurde bezeichnenderweise nicht vor 20 oder 30 Jahren von Gruppen ausgeführt, die allen Grund hatten, auf die USA wütend zu sein – die vietnamesischen Kommunisten oder die chilenische Linke.

Die Kategorie der Wut ist unzureichend, um die Gewalt des 11. September zu verstehen. Die Formen von Gewalt müssen politisch interpretiert und nicht gerechtfertigt werden. Ein grundlegender Unterschied zwischen Bewegungen besteht meines Erachtens darin, ob sie willkürliche Angriffe auf Zivilisten ablehnen oder nicht. Dieser Unterschied ist kein taktischer, sondern ein hochgradig politischer; die Form der Gewalt und die Form der Politik stehen in einem Verhältnis zueinander. Zwischen sozialen Bewegungen für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung und Formen der Gewalt, die zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden – wie etwa die vietnamesische FNL und der ANC – besteht ein innerer Zusammenhang.

Umgekehrt bedeutet dies, dass es Bewegungen, die hauptsächlich Zivilisten angreifen, nicht in erster Linie um gesellschaftliche Veränderung geht, wie radikal sie auch erscheinen mögen. Es ließe sich über solche Bewegungen einiges mehr anmerken, doch in der Hauptsache geht es hier um die gegenwärtige Opposition in den Metropolen und ihre Schwierigkeiten, zwischen diesen grundverschiedenen Formen von »Widerstand« zu unterscheiden.

Die Anschläge vom 11. September 2001 stellen einige Vorstellungen von Gewalt, die in Teilen der Neuen Linken in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren Verbreitung gefunden haben, ebenso grundsätzlich in Frage, wie die Ereignisse der Jahre 1968 und schließlich 1989 die Hegemonie des Leninismus in Frage stellten und das Ende einer Entwicklung markierten, die 1917 ihren Anfang genommen hatte.

Im Rückblick lässt sich in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren eine bedeutende politische Verschiebung ausmachen, als die damalige Neue Linke sich von einer lockeren Bewegung, die für gewaltfreien Widerstand und gesellschaftliche Veränderung eintrat, zu einer zersplitterten militanten Bewegung entwickelte. Einige dieser Splittergruppen fingen an, den bewaffneten Kampf zu verherrlichen oder sogar selbst Gewalt auszuüben. Im Zusammenhang damit nahm die Unterstützung für Gruppen wie die provisorische IRA und die PFLP zu, die wenig mit den sozialistischen und kommunistischen Bewegungen gemeinsam hatten, von denen die Linke früher geprägt war. In zunehmendem Maße wurde eine Form der Gewalt in den Metropolen propagiert und international unterstützt, die sich grundlegend von jener unterscheidet, die im 20. Jahrhundert in der Linken hegemonial war.

Gewalt wurde nun auf eine Weise bestimmt, die starke Überschneidungen mit Georges Sorels Gewaltbegriff aus dem frühen 20. Jahrhundert aufweist. Seine Abhandlung »Über die Gewalt« (1908) stellt Gewalt als reinigenden Akt der Selbsterschaffung gegen die Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaft dar. Eine ähnliche Vorstellung von der Gewalt als erlösendem Akt der Regeneration, in dem sich politisch das Diktat des reinen Willens ausdrückt, war bekanntlich für die faschistischen und nazistischen Konzepte der Neuen Ordnung und des Neuen Menschen von zentraler Bedeutung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen einige Linke diese Haltungen, in einigen Fällen vermittelt durch den Existenzialismus. Diese Entwicklung vollzog sich vor allem in den späten fünfziger und sechziger Jahren, als sich die Gesellschaftskritik zunehmend auf die technokratischen und bürokratischen Formen von Herrschaft konzentrierte und die Sowjetunion immer stärker als Bestandteil der herrschenden instrumentellen Rationalität gesehen wurde. In diesem Kontext wurde Gewalt als nicht verdinglichte, reinigende Kraft verstanden, die in Gestalt der Kolonisierten von außen die Fundamente der bestehenden Ordnung angreift.

Wende zum Konkreten

Hannah Arendt hat eine aufschlussreiche Kritik an den Vorstellungen von Gewalt geleistet, die sich in den Werken von Sorel, Pareto und Frantz Fanon finden. Zu unterscheiden ist ihr zufolge zwischen Positionen wie denen von Sorel und Fanon, die aus einem tiefen Hass auf die bürgerliche Gesellschaft Gewalt als per se emanzipatorisch verherrlichen, und linken Denkern, die aus dem Verlangen nach einer gerechten Gesellschaft auf das Mittel der Gewalt zurückgreifen. Im Sinne Arendts möchte ich kurz darstellen, warum die Verherrlichung der Gewalt nach Art eines Sorel in den späten sechziger Jahren wiederkehrte.

Die späten sechziger Jahre waren ein entscheidender historischer Moment, in dem die Gegenwart in ihrer scheinbaren Unausweichlichkeit grundlegend in Frage gestellt wurde.



Im Rückblick zeigt sich, dass in diesem Moment der staatszentrierte Fordismus und sein etatistisches »realsozialistisches« Pendant an ihre historischen Grenzen stießen. Die Versuche, über diese Grenzen hinauszugelangen, erwiesen sich jedoch als ausgesprochen erfolglos, selbst auf der theoretischen Ebene. Die Auflösung der fordistischen Synthese beflügelte utopische Hoffnungen, doch gleichzeitig wurde das Angriffsziel gesellschaftlicher, politischer und kultureller Unzufriedenheit in unerträglichem Ausmaße unbestimmbar, gerade weil es nun überall zu sein schien. Das Bedürfnis nach Veränderung war vorhanden, der Weg dorthin jedoch höchst ungewiss.

Studenten und Jugendliche wandten sich in dieser Zeit weniger gegen Ausbeutung als gegen Bürokratisierung und Entfremdung. Die klassischen Arbeiterbewegungen schienen nicht nur unfähig, die brennenden Fragen vieler junger Radikaler aufzugreifen, sondern – ebenso wie die »realsozialistischen« Regime – zutiefst in das verstrickt zu sein, wogegen Studenten und Jugendliche rebellierten.

Angesichts dieser neuen historischen Situation, dieser politischen terra incognita, wandten sich viele oppositionelle Bewegungen dem Konkreten und Partikularistischen zu. Beispiele dafür sind konkretistische Formen des Antiimperialismus oder der zunehmende Fokus von Linken, die Kontakte zu osteuropäischen Dissidenten unterhielten, auf konkrete Herrschaftsformen im kommunistischen Ostblock. So unterschiedlich diese Strömungen damals erschienen sein mögen, verdeckten beide das Wesen abstrakter Herrschaft, just als das Regime des Kapitals dabei war, noch abstrakter zu werden.

Die Hinwendung zur Sorelschen Gewalt war ein Moment dieser Wende zum Konkreten. Die Gewalt, oder die Idee der Gewalt, schien den Strukturen von Bürokratisierung und Entfremdung zuwider zu laufen. Im Angesicht von Entfremdung und bürokratischer Erstarrung hielt man Gewalt für schöpferisch und die militante Aktion per se für revolutionär. Obwohl Gewalt dabei mit politischem Willen assoziiert wurde, würde ich mit Arendt argumentieren, dass die Verherrlichung der Gewalt in den späten sechziger Jahren sich gerade aus einer starken Frustration über die eingeschränkte Handlungsfähigkeit in der modernen Welt speiste.

In einer historischen Situation gesteigerter Ohnmacht drückte Gewalt die Wut über die Ohnmacht aus und förderte gleichzeitig die Verdrängung dieser Ohnmachtsgefühle. Sie wurde nicht mehr als Mittel der Veränderung verstanden, sondern als Akt der Selbstkonstitution als Außenstehender, als Anderer. Die Idee grundlegender Veränderung wurde ausgeklammert und durch die ambivalenteren Vorstellungen von Widerstand und widerständischem Subjekt ersetzt.

Die Kategorie des Widerstands besagt jedoch wenig über die bestimmten Formen von Kritik, Rebellion und »Revolution«. Widerstand ist eine undialektische Kategorie, mit der sich keine Dynamik – und somit keine dialektische Wirklichkeit – fassen lässt und die mit einer Vorstellung von Gewalt zusammenhängt, die wichtige Unterscheidungen zwischen politisch verschiedenen Formen von Gewalt verwischt.

Bei der beschriebenen Wende zum Konkreten im Angesicht abstrakter Herrschaft handelt es sich selbstverständlich um eine Form der Verdinglichung. Zwei der verschiedenen Spielarten dieser Verdinglichung, die in den letzten 150 Jahren eine beachtliche Kraft

entwickelt haben, sind die Identifikation des globalen Kapitals mit der britischen und später amerikanischen Hegemonie und seine Personifizierung in den Juden.

Diese Wende zum Konkreten hat, zusammen mit einer stark von den Dualismen des Kalten Krieges geprägten Weltsicht, zur Konstitution eines Bezugsrahmens beigetragen, in dem sich auch die jüngeren Massenmobilisierungen gegen den Krieg bewegt haben. Innerhalb dieses Bezugsrahmens verweist der Widerstand gegen eine Weltmacht nicht einmal implizit auf den Wunsch nach emanzipatorischer Veränderung, erst recht nicht im Nahen Osten. Dieses verdinglichte Verständnis endet schließlich in der stillschweigenden Unterstützung von Bewegungen und Regimes, die weitaus mehr mit früheren reaktionären und selbst faschistischen Formen von Rebellion gemein haben als mit irgendetwas, das man fortschrittlich nennen könnte.

Ich habe eine Sackgasse der heutigen Linken beschrieben und versucht, sie zu einer Form verdinglichten Denkens und Empfindens ins Verhältnis zu setzen, in der sich der beginnende Zerfall der fordistischen Synthese in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren ausdrückte. Meiner Ansicht nach zeugt diese Sackgasse von einer Krise der Linken, die vielschichtige Gründe hat – die Erkenntnis, dass die industrielle Arbeiterklasse kein revolutionäres Subjekt ist oder sein wird, das Ende der staatszentrierten Ordnung, mit der der Staat nicht länger entscheidender Adressat gesellschaftlicher Veränderung ist, und der Übergang von einer internationalen in eine supranationale Weltordnung.

Diese Verdinglichung hat einen weiteren Aspekt, den ich kurz skizzieren möchte. Selbstverständlich wurde der neoliberale globale Kapitalismus von mehreren aufeinander folgenden amerikanischen Regierungen vorangetrieben. Die neoliberale Weltordnung gänzlich mit den USA in eins zu setzen, wäre jedoch in politischer wie theoretischer Hinsicht ein Fehler.

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert forderte eine wachsende Zahl von Nationalstaaten, vor allem Deutschland, die hegemoniale Rolle Großbritanniens und der liberalen Weltordnung heraus. Diese Rivalitäten, die in zwei Weltkriegen kulminierten, bezeichnete man damals als imperialistische Rivalitäten. Möglicherweise erleben wir heute die Anfänge einer Rückkehr zu einer Ära imperialistischer Rivalität auf einer neuen und erweiterten Stufe. Einer der entstehenden Spannungsherde ist das Verhältnis zwischen den atlantischen Mächten und einem um die französisch-deutsche Allianz gruppierten Europa.

Der Krieg im Irak kann teilweise als Eröffnungssalve in dieser Rivalität gesehen werden. Während die Deutschen vor einem Jahrhundert das britische Empire mit der Berlin-Bagdad-Bahn herausfordern wollten, war das irakische Baath-Regime zuletzt auf dem Weg, ein client state der deutsch-französischen Achse zu werden. Die Frage ist nicht, ob der Euro-Block eine progressive oder regressive Alternative zu den USA darstellt. Vielmehr geht es darum, dass diese Maßnahme (und die amerikanische Reaktion darauf) den Auftakt zu einer innerkapitalistischen Rivalität im globalen Maßstab darstellt. Gegenwärtig verändert sich die Bedeutung Europas. Es wird nun als möglicher Gegenhegemon zu den USA konstruiert.

Was immer man gegen die gegenwärtige amerikanische Administration einwenden mag – und es lassen sich bei einer ganzen Bandbreite von Fragen schwerwiegende Einwände gegen sie formulieren –, die Linke sollte äußerst vorsichtig sein, nicht unfreiwillig zum Strohmann eines rivalisierenden potenziellen Gegenhegemons zu werden.

Es ist sicherlich nicht einfach, das globale Kapital zu begreifen und ihm entgegenzutreten – in jedem Fall ist es von entscheidender Bedeutung, einen Internationalismus wieder herzustellen und neu zu formulieren, der ohne jeden Dualismus auskommt. Wer am verdinglichten Dualismus des Kalten Krieges festhält, läuft Gefahr, eine Politik zu treiben, die vom Standpunkt menschlicher Emanzipation, vom Standpunkt des »Kommunismus« aus, bestenfalls fragwürdig wäre, wie viele Menschen sie auch ansprechen mag.

Redaktionell gekürzte Fassung von Moishe Postones gleichnamigem Vortrag auf dem Kongress »Indeterminate: Kommunismus«, der im November 2003 in Frankfurt/Main stattfand. Aus dem Amerikanischen von Felix Kurz. Entnommen aus: Moishe Postone: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Herausgegeben von der Initiative kritische Geschichtspolitik (Berlin). Ça ira-Verlag, Freiburg 2005. 215 S., 18 Euro. Der Sammelband enthält u.a. eine endgültige Zusammenführung aller Varianten von Postones Essay »Antisemitismus und Nationalsozialismus«. Das Buch ist dieser Tage erschienen, Download gratis unter **[www.isf-freiburg.org](http://www.isf-freiburg.org)**.